



SPD

Die sozialdemokratische
Kreistagsfraktion

im Landkreis Esslingen

SPD • Pulverwiesen 11 • 73726 Esslingen a. N.

HAUSHALT 2019

**Zweite Lesung
Donnerstag, 15. November 2018**

REDEBEITRAG

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Eininger,
sehr geehrte Herren und Damen,
liebe Kollegen und Kolleginnen,

der Monat November ist ein besonders geschichtsträchtiger Monat!
Wir gedenken in diesen Tagen des Endes des 1. Weltkrieges vor 100
Jahren, wir erinnern an die Revolution von 1918, in deren Folge das
Frauenwahlrecht eingeführt wurde,
wir haben uns am 9. November die Reichspogromnacht vor
80 Jahren vergegenwärtigt und der friedlichen Revolution und dem Fall der
Mauer im Jahr 1989 gedacht.

Warum führe ich diese historischen Ereignisse, die eine Zeitenwende
bedeuteten, an?

Es gibt selbstverständlich keinen diesbezüglichen historischen
Zusammenhang mit der zweiten Lesung zum Haushaltsplan 2019 unseres
Landkreises.

Aber ich denke, diese historischen Ereignisse und Zäsuren verdeutlichen,
dass unser demokratisches Gemeinwesen, unser föderalistischer
Staatsaufbau keine Selbstverständlichkeit ist. Wir sollten uns bewusst
machen, dass es sich lohnt, sich für unsere Demokratie einzusetzen und
diese zu verteidigen, uns zu positionieren und Haltung zu zeigen, wenn es
Äußerungen und Handlungen gibt, die im Widerspruch zu unserem
demokratischen Gemeinwesen stehen.

Unser Landkreis steht wirtschaftlich glänzend dar.
Das ist erfreulich.

Nicht übersehen werden darf jedoch, dass unser Landkreis keine „Insel
der Seligen“ ist und nicht alle Bürger/-innen in unserem Landkreis auf der
Sonnenseite stehen. Langjähriger Konjunkturaufschwung,
Steuereinnahmen auf Rekordhöhe, niedrige Arbeitslosenquote das gehört
zu der einen Seite der Medaille, auf der anderen Seite ist eine Zunahme
von Armut zu verzeichnen. Prognose ist, dass die Sozialausgaben im Jahr
2019 um 4,7 Prozent steigen werden und damit 99 Prozent des
Kreisumlageaufkommens für die Soziale Sicherung vorzusehen sind.

Der Aufwand im Sozialbereich ist in den vergangenen Jahren um
16 Prozent oder 25 Millionen gestiegen.
Diese Tatsache muss uns zu denken geben!

Bei einer solchen Schieflage muss genau hingeschaut werden.
Statistiken – wie beispielsweise die Arbeitslosenstatistik – verschleiern
eben auch! In der Realität zeigt sich die wahre Situation!

Sehr geehrter Herr Eininger,

Sie haben bei der Einbringung des Haushaltes zurecht angeführt – ich zitiere:

„Den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren, ist das Mega-Thema der nächsten Jahre!“

Nicht von ungefähr hätten wir uns deshalb auch, als es um die Entscheidung über die Mietobergrenzen ging, eine andere Positionierung gewünscht und erhofft.

Bereits für das Haushaltsjahr 2018 haben wir einen Antrag bezüglich der Tafelläden eingebracht.

Nach einer Anhörung mit Verantwortlichen und Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern bringen wir erneut und noch überzeugter unseren Antrag zum Thema „Tafelläden“ ein.

Eigentlich ist es unfassbar, dass in einem reichen Landkreis immer mehr Menschen auf Tafelläden angewiesen sind. Da stimmt etwas nicht.

Aus unserer Sicht kann die Existenz von Tafelläden zum sozialen Frieden in unserem Landkreis beitragen. Auch hier gilt, dass eine Aufrechterhaltung dieses Angebotes nur mit einem hohen ehrenamtlichen Engagement möglich ist. Mit einer finanziellen Unterstützung dieser Einrichtung ist somit auch eine Anerkennung und Würdigung des Ehrenamts verbunden.

Ein weiterer ANTRAG unserer Fraktion bezieht sich auf das Bundes- und Teilhabegesetz und die diesbezüglich zu wenig abgerufenen Leistungen. Zielsetzung dieses Gesetzes ist, mehr Chancengleichheit für Kinder aus sozial schwachen Familien zu ermöglichen.

Bei einer festgestellten zunehmenden Kinderarmut ist das ein wichtiges Gesetz. Und es scheint ein Widerspruch zu sein, dass angebotene Leistungen nicht abgerufen werden. Mitwirkung einzufordern, ist richtig, aber wenn bürokratische Hürden gegeben sind, ist das für eine bestimmte Klientel nicht so einfach.

Unser ANTRAG bezieht sich darauf, Ursachen zu klären und Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen.

Der Zuschussbedarf für die Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe wird im Jahr 2019 einen Kostenrahmen von 44,1 Millionen Euro haben.

Kennzeichen für den Sozialbereich sind nicht nur hohe Ausgaben, sondern auch ein anspruchsvolles Aufgabenfeld und eine große Verantwortung. Und es gilt, mit vielen unterschiedlichen Akteuren umzugehen.

Wir sind nicht einverstanden mit der Leitung des Sozialdezernates im Umgang mit Beteiligten und sehen dringenden Änderungsbedarf im Hinblick auf die Kommunikation und die Handlungsebene.

Betroffene sowohl von Einrichtungen und Gremien im Sozial- als auch im Jugendhilfebereich sprechen von einer mangelnden Vertrauensbasis und anhaltenden atmosphärischen Differenzen.

Bei allem Verständnis für die gegebenen Herausforderungen bedauern wir, dass bisher stattgefundenen Krisen-Gespräche mit der Amtsspitze nicht die erhoffte Veränderung bewirkt haben.

Es spricht überhaupt nichts gegen eine persönlich inhaltliche Positionierung und Strategie, aber es ist unerlässlich, auf der Grundlage einer politisch getroffenen Entscheidung zu agieren und es ist wichtig, die Entscheidungsträger einzubinden und „mitzunehmen“ – auf Augenhöhe. Wir erwarten, dass in Zukunft offene Gespräche zu einer konstruktiven Arbeitsatmosphäre führen und zielgerichtete Ergebnisse zeitigen.

Wir begrüßen ausdrücklich die Bemühungen der Verwaltung um Verbesserungen bei der Ausländerbehörde und die eingeleiteten strukturellen und personellen Veränderungen.

Wir sind froh und erleichtert, dass das Insistieren unserer Fraktionsmitglieder im Sozialausschuss Gehör gefunden hat.

Uns ist bewusst, dass die Umsetzung Zeit benötigen wird.

Wir hoffen aber sehr, dass es zunehmend gelingt, dass sich sowohl bei den Flüchtlingen als auch bei den Ehrenamtlichen wieder ein Vertrauen in die Arbeit dieser Behörde unserer Landkreisverwaltung entwickeln kann.

Zu gegebener Zeit werden wir um einen Bericht bitten.

Unser berufliches Schulwesen im Landkreis ist für unsere Fraktion unverändert ein unverzichtbarer Bestandteil. Unsere beruflichen Schulen sind mit ihrem vielseitigen und zeitgemäßen Angebot Garant dafür, dass sozialer Aufstieg durch Bildung gelingen kann.

Da Schulen in erster Linie auch Lebens- und Erfahrungsraum sind, freuen wir uns, dass unsere Anregung, die Öffnungszeiten der Schulbibliotheken zu erweitern, mehrheitlich Zustimmung gefunden hat.

Die an Wirtschaft und Gesellschaft gestellten Anforderungen verändern sich, der Prozess der Digitalisierung schreitet immer rascher voran, er ist nicht mehr aufzuhalten, Dynamik und Komplexität kennzeichnen ihn.

Unsere beruflichen Schulen stellen sich dieser Herausforderung.

Entsprechend müssen wir auch unsere beruflichen Schulen aufstellen.

Neben einem technischen Ausbau sind die mit der Digitalisierung einhergehenden Veränderungen der Bildung und Lehre zu bedenken.

Ein kritisches Reflektieren ist gefragt und gefordert, Medienkompetenz ist unerlässlich.

Wir setzen uns für eine klare Vorreiterrolle unseres Landkreises bei allen die Digitalisierung betreffenden Aspekten ein und bringen entsprechende Anträge ein.

Wir erwarten, dass eine hoch engagierte Lehrerschaft, die an den beruflichen Schulen die Digitalisierung bezüglich Industrie, Handwerk und Arbeit 4.0 voranbringt, auch von Seiten des Landes und des Bundes noch stärker durch den Ausbau der Glasfaserleitungen Unterstützung erfährt. Vollmundige Reden, Absichtserklärungen und zukunftsweisende Programme reichen nicht, es muss gehandelt werden!

Die Thematik „Unterrichtsausfall“ ist aktuell in aller Munde.

Nach einer Meldung des Kultusministeriums sind die Beruflichen Schulen in besonderem Maße von Unterrichtsausfall betroffen, der vor allem im Lehrermangel an dieser Schulart eine Ursache hat.

Um einen Überblick über den Sachstand zu erhalten, haben wir einen entsprechenden Antrag vorgesehen – wissend, dass eine Datenerhebung zwar die Problematik aufzeigt, sie aber nicht behebt.

Unsere Medius-Kliniken verzeichnen aufgrund einer Reihe von Konsolidierungsmaßnahmen und einer stetigen Anpassung der Strukturen seit Jahren ein positives Jahresergebnis.

Es zeichnet sich ab, dass dieser Trend sich auch im nächsten Jahr fortsetzen und ermöglichen wird, dass auch in Zukunft durch den Einsatz der jährlichen Überschüsse neben den Landeszuschüssen, die anstehenden Investitionen selbst finanziert werden können – ohne Inanspruchnahme von Mitteln des Landkreises.

Mit dem Um- und Neubau in Ostfildern-Ruit und einer geplanten Erweiterung in Nürtingen, stehen weitere bedeutende Maßnahmen an.

Die Wirtschaftlichkeit der Kliniken hängt aber nicht nur von baulichen Rahmenbedingungen ab, sondern entscheidend ist die Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung und damit die Patientenzufriedenheit.

Der hervorragende Einsatz der Ärzte und Ärztinnen und des Pflegepersonals haben wiederum zu einem Patienten-Zuwachs geführt. Um dies auch in Zukunft zu gewährleisten, unterstützen wir alle Maßnahmen, die im Rahmen sowohl einer Personalbindung als auch einer Personalgewinnung unternommen werden.

Ein neues Pflegegesetz ist auf den Weg gebracht.

Es sieht Vorteile für Pflegepersonal in Kliniken und Pflegeheimen vor, aber nicht in der ambulanten Pflege!! Weitere Schritte und gesetzliche Verordnungen werden also notwendig sein!

Unverändert und erfreulicherweise gilt, dass zum einen die Mülltrennung in unserem Landkreis zur Selbstverständlichkeit geworden ist und zum anderen die Müllgebühren stabil und niedrig geblieben sind.

Bereits seit 25 Jahren findet die Biomüllverwertung in Kooperation mit dem Landkreis Böblingen statt.

Nun wird die Biomüllverwertung neu konzipiert.

Die Vergärung des Biomülls am Standort Leonberg wird in Kooperation mit unserem Landkreis erweitert. Mit den bisher erfolgten

Entscheidungsprozessen sowohl in den Gremien in Böblingen als auch bei uns, sind wir auf einem guten Weg. Wir sind zuversichtlich, dass bis zum Frühsommer 2019 grundlegende Beschlüsse insbesondere im Hinblick auf die rechtlichen Vereinbarungen getroffen werden können.

Zum Themenfeld „Integriertes Klimakonzept“!

Im Haushalt 2018 sind dafür 49.000 Euro bereitgestellt worden.

Im Haushaltsplan für das nächste Jahr sind 172.000 Euro eingestellt.

Das ist notwendig und gut so.

Klimaschutz-Konzepte sind ein langfristig angelegtes Instrument für Klimaschutz und Energiewende. Diesbezüglich bieten sich gerade auf der Ebene der Kommunen und unseres Landkreises Chancen. Es müssen gezielt Anreizsysteme entwickelt werden, um nachhaltige Verhaltensweisen in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Konsumverhalten zu unterstützen.

Zugleich muss darauf hingewirkt werden, umweltschädliche Subventionen, die vor allem einkommensschwache Haushalte benachteiligen, abzuschaffen.

Damit dieses für unseren Landkreis wichtige Klimakonzept bei allen Akteuren Akzeptanz erfährt/findet, muss die Bevölkerung konsequent an der Mitwirkung beteiligt und in die Erstellung und Umsetzung eingebunden werden.

Wir bitten um Kenntnisnahme unseres ANTRAGES zum Themenfeld „integriertes Klimakonzept“!

Ein ganz wesentlicher und entscheidender Aspekt im Hinblick auf den Schutz unseres Klimas ist der Verkehr, die Mobilität in unserem Ballungsraum.

Im Rahmen der zweiten Lesung zum Haushalt 2019 sei noch einmal angeführt, dass die Tarifzonenreform im VVS ein überfälliger und begrüßenswerter Schritt war und nur ein Anfang sein kann. Die Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV rechtfertigt auch Mindereinnahmen.

Erfolge müssen

- ein weiterer Paradigmenwechsel bei der Preisgestaltung,
- notwendige Kapazitätserweiterungen sowie
- eine Infrastrukturausweitung – verbunden mit einer Verkürzung der Planungsvorläufe.

Das Beispiel der Stadt Wien zeigt überzeugend, dass bei einem weitestgehend steuerfinanzierten ÖPNV auch der motorisierte Individualverkehr zurückgedrängt werden kann.

Den Kreisumlage-Hebesatz unverändert bei 30,7 Punkten zu belassen - was eine Erhöhung des Kreisumlageaufkommens de facto um 10 Millionen Euro bedeutet - wird von uns mitgetragen.

Unser Landkreis ist so hundertprozentig handlungsfähig aufgestellt. Auch wenn die Finanzierungsleitlinien nach unserem Dafürhalten nicht weit genug gehen, sehen wir uns an die getroffenen und modifizierten Vereinbarungen gebunden.

Das in den nächsten Jahren anstehende Investitionsvolumen von rund 250 Millionen Euro ist beachtlich.

Die Realisierung der Neu- und Umbauten im Schul-, Krankenhaus- und Verwaltungsbereich stellt über einen längeren Zeitraum eine große Herausforderung dar.

Es wird insbesondere im Hinblick auf den Neubau des Verwaltungsgebäudes darauf ankommen, die Entscheidungsprozesse und –kriterien überzeugend darzulegen und die Menschen mitzunehmen – intern und extern.

Die Arbeit wird also – sowohl für die in der Verwaltung Verantwortlichen und Tätigen als auch für die im Ehrenamt Engagierten – nicht ausgehen.

Wir stellen uns den Herausforderungen und der Verantwortung und setzen auf eine kritische, konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!